

Rede zur Energiepolitik (Plenarsitzung vom 19.06.2008)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. – Als nächster Redner hat nun der fraktionslose Kollege Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Energie ist teuer geworden. Die Lage ist deshalb für viele Geringverdienende, Hartz-Empfängerinnen und -Empfänger dramatisch geworden, aber auch für die Normalverdiener mindestens problematisch.

Es ist schon sehr verwunderlich, wenn die Grünen im Landtag einen solchen Antrag stellen; denn dieser Antrag greift einen Antrag der Linken im Bundestag auf. Da gehört diese Debatte eigentlich auch hin. Sie sind ja nicht bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Sie müssen in Berlin gezogen werden; denn dort ist diese ganze Problematik im Wesentlichen zu beschließen. Das muss man so deutlich sagen. Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist eigentlich die falsche Stelle, die Energiepreise zu diskutieren. Das kann man hier beraten, aber die Konsequenzen müssen in Berlin gezogen werden. Das ist der wesentliche Punkt.

In Berlin hat aber – das hat die Ministerin eben gesagt – die grüne Bundestagsfraktion unter anderem Sozialtarife abgelehnt und ist auch nicht bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die notwendigen Konsequenzen sind, dass die Hartz-Gesetze weg müssen, die Energiekonzerne müssen rekommunalisiert und vergesellschaftet werden. Das sind die notwendigen Konsequenzen, die gezogen werden müssen.

Ein Vorschlag, wie er hier auf dem Tisch liegt, der systemkonform ist und nur die öffentlichen Kassen belastet, ohne an die Energiekonzerne heranzugehen, ist keine wirkliche Lösung. Denn das bedeutet in der Konsequenz nur, dass die Folgekosten wieder einmal sozialisiert und die Gewinne der Energiekonzerne weiter privatisiert werden.

Die Liberalisierung im Bundestag ist auch von Rot-Grün gemacht worden ist. Es gibt eine Menge Grüne – zu denen gehöre auch ich –, die das damals schon abgelehnt haben. Das hat dazu geführt, dass wir jetzt vier Energiekonzerne wie Besitzer haben, die sich die Republik aufgeteilt und Monopole haben. Das ist die reale Situation. Diese Konzerne diktieren die Strompreise.

Es ist eine völlig verfehlte Politik gemacht worden. Das wird jetzt zwar alles beklagt; aber niemand ist bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Die Leute im Land merken längst, was hier gespielt wird. Eine Debatte, wie wir sie heute führen, ist eigentlich nur eine Scheindebatte.

Die Mehrbelastung durch gestiegene Kosten für das Heizen, aber auch bei Strom und Sprit macht mittlerweile einen Gegenwert von bis zu zwei Monatsmieten im Jahr aus. Das heißt für viele private Haushalte: Es geht ans Eingemachte. Seit Anfang 2004 stiegen die Strompreise um 25 %. Die Sprit- und Erdgaspreise verteuerten sich um 35 %. Heizöl kostet gegenüber 2004 mehr als das Doppelte. 2008 müssen Privathaushalte für Strom, Heizung und Sprit 16 Milliarden € mehr ausgeben als noch vor vier Jahren, obwohl sie insgesamt sparsamer mit Energie umgehen.

Doch es kommt noch dicker: Durch weiter steigende Energiepreise kommt bis 2010 vermutlich noch einmal die gleiche Summe dazu, und das bei real sinkenden Löhnen. Das ist die Realität. Alle Fraktionen, die hier im Rund sitzen, haben bei dieser Politik mitgemacht

und sind bereit, weiter mitzumachen, statt an die Kartelle der Stromkonzerne heranzugehen, die diese Monopolwirtschaft betreiben.

Von daher ist überhaupt nicht absehbar, dass es im Landtag irgendeine Lösung geben könnte. Aus meiner Sicht – das sind auch zentrale Forderungen der Linken – muss es eine Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht geben, die die Bundesregierung im letzten Jahr – die SPD war auch dabei – abgeschafft hat. Zu nennen ist die Einführung von Verbraucherbeiräten, die Stromkundinnen und Stromkunden einen Einblick und ein Mitspracherecht bei der Preisgestaltung garantieren. Das muss alles gemacht werden.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich möchte noch den Antrag stellen, dass der Antrag nicht nur in die genannten Ausschüsse, sondern zusätzlich auch an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wird. Hier geht es immerhin auch um finanzpolitische Aspekte. Vielleicht sind die Grünen als Antragsteller bereit, das aufzugreifen. – Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als nächste Rednerin hat nun Frau Ministerin Thoben das Wort für die Landesregierung. Bitte, Frau Ministerin.